

## **Bericht aus Kiel über die Auseinandersetzungen mit EON und MVV zum Bau eines KohleGroßkraftwerkes**

Die Kieler Attac-Gruppe verfolgt seit Jahren das Ziel, die zu 51% an den Mannheimer Energieversorger (MVV) verkauften Stadtwerke (und damit auch das Kieler Wasser) zu rekommunalisieren.

Obwohl dies jahrelang von allen Parteien im Stadtrat als Illusorisch abgetan wurde, beobachtet die örtliche Attac-AG und ein daraus hervorgegangenes "Bündnis Kielwasser" aufmerksam die Konzernpolitik von MVV und verhinderte erfolgreich den Verkauf weiterer Anteile der Stadtwerke. (Mehr über die Hintergründe auch im Film "Wasser unterm Hammer") Die Forderung nach Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge wurde von den Gewerkschaften verdi und DGB aufgenommen und auch die SPD hat sich dem in Worten angeschlossen. - Nicht verhindert werden konnte die schleichende Zerlegung der Stadtwerke durch die MVV, der Abbau und die Ausgliederung von Geschäftsfeldern in bundesweite GmbHs, der Zerstörung der eigenständigen Betriebsstruktur mit der Folge immer stärkeren Personalabbaus und der Konzentration auf das profitable Kerngeschäft, dem Handel mit Strom.

### **\*Verschärfte Auseinandersetzung um die Energieversorgung\***

- Das bestehende kleine Kieler Kohlekraftwerk, zur Hälfte im Besitz von EON und Stadtwerken Kiel soll 2015 außer Dienst gestellt werden.
- Im Herbst 2007 wird die Kieler Bevölkerung mit EONs Kraftwerksplanung für ein neues Gigawatt-Kohlekraftwerk überrascht. Nach ersten Protesten wird die Planung auf 800 MW reduziert mit Investitionskosten von ca. 1 Mrd. Euro.
- Die Klimaschutzstadt Kiel wurde zur Farce
- Die Attac-AG rief auf zur Bildung einer Bürgerinitiative.
- Ein Bündnis mit dem Namen "BürgerInneninitiative umweltfreundliche Energieversorgung für die Region Kiel" wird gegründet aus Mitgliedern von Attac, BUND, Greenpeace, Energiestammtisch, NABU, Die Grünen, Die Linke, MLPD, SPD der Ostuferegemeinden und vielen Einzelmitgliedern.
- Ein umfassendes Positionspapier wird entwickelt welches folgende sechs Eckpunkte enthält:
  1. Weder Atomkraft noch Kohlekraft, sondern konsequenter Klimaschutz
  2. Ausrichtung auf eine Regionalversorgung für Kiel und Umgebung
  3. Energie sparen und Effizienz erhöhen
  4. Nachhaltige Energieversorgung auf dezentraler Basis
  5. Arbeitsplätze für die Region erhalten und neue schaffen
  6. Rekommunalisierung der Stadtwerke und demokratische Kontrolle
- Die BI fordert von der Stadt die Öffentliche Diskussion über die Kraftwerksplanung und die Einberufung von Einwohnerversammlungen wird verlangt. Darüberhinaus wird ein Bürgerbegehren erwogen.
- Die Stadtwerke/MVV lassen von zwei sog. unabhängigen Instituten, u.a. vom Öko-Institut, Gutachten über 6 Kraftwerksvarianten erstellen.
- Die BI organisiert eine Großdemo zum Kohlekraftwerk auf dem Ostufer mit über 600 TeilnehmerInnen
- 4.000 Unterschriften werden gesammelt und der CDU-Oberbürgermeisterin für den Runden Tisch mit den Stadtwerken überreicht. Die BI veranstaltete einen öffentlichen alternativen Runden Tisch in der Innenstadt.
- Auf einem Runden Tisch von Stadtwerken und Parteien werden die Gutachten über Kraftwerksvarianten präsentiert. Danach ist nur das Großkohlekraftwerk wirtschaftlich und rechnet sich für die Dividende der Konzerne und auch der Ratsvertreter.
- Es wird die Aufschiebung der Planungen um 3-5 Jahre verkündet, angeblich um bis dahin die Technik für die CO<sub>2</sub>-Abscheidung zu entwickeln.
- Die BI erklärte, dass sie sich nicht täuschen lässt und verkündet über die Presse die hartnäckige Fortsetzung des Protestes.
- Die Veröffentlichung und Diskussion der Gutachten wird gefordert.
- Endlich werden die Gutachten auf der Internetseite der Stadtwerke veröffentlicht
- Parteien und Ratsversammlung scheuen vor der Wahl die öffentliche Auseinandersetzung um das Kohlekraftwerk.

- Die BI kündigt an, dann selber eine öffentliche Veranstaltung zu den Kraftwerksplänen von EON und MVV zu machen
- Die Stadtwerke laden kurzfristig zur Podiumsdiskussion mit Gutachtern und BI-Vertretern am selben Tag ein. Die BI verzichtet auf ihre Veranstaltung.
- Auf der Veranstaltung der Stadtwerke mit ca. 600 Teilnehmern hängt unser Transparent mit Zustimmung der Geschäftsleitung.
- In der Diskussion verhärten sich die Gegensätze. MVV und Gutachter bleiben dabei, nur ein Kohlkraftwerk von 800 MW sei wirtschaftlich. Dem stimmt auch des Öko-Institut zu und entlarvt sich als Interessenvertretung der Konzerne. Die Konzernleitung besteht auf der Renditeerwartung.
- Die BI besteht auf Ihrer ökologischen und menschlichen Sichtweise und macht eine eigene Veranstaltung, auf der u.a. die IPPNW über die gesundheitlichen Folgen aufklärt. Der BUND untersucht die Folgen für die Umwelt. Attac referiert über die sozialen Auswirkungen, enthüllt die Politik der Energiekonzerne und stellt die Stromkonzernkampagne vor.
- Von Wissenschaft und Wirtschaft wird die Kohlendioxyd-Speicher-Technologie als Lösung empfohlen. Die CDU und Teile der SPD unterstützen dies und bewilligen viel Geld für die Förderung der Forschung in Kiel.
- Die BI fordert den Rat der Stadt Kiel auf, endlich das 1995 beschlossene Energiekonzept vorzulegen und weist darauf hin, dass der Bau eines GroßKohlekraftwerkes mit den erklärten Zielen der Klimaschutzstadt Kiel unvereinbar ist.
- Kurz vor der Kommunalwahl legt das Umweltamt ohne öffentliche Debatte ein Energiekonzept vor, das mehrheitlich noch schnell von allen Parteien beschlossen wird und u.a. eine jährliche Verminderung des CO2-Ausstoßes um 10% umsetzen will.
- Die Kommunalwahlen werden ein Disaster für CDU und SPD. Die CDU verliert die absolute Mehrheit und hat weniger Stimmen als die SPD, die aber auch Federn lassen muss. Die Grünen kommen auf 16% und die Linke kommt auf Anhieb mit 11 % in den Rat. Die Grünen kündigen ihre jahrelange Zusammenarbeit mit der CDU auf, Reden mit der Linken und werden vermutlich mit SPD und FDP koalieren. Alle Parteien haben sich ihren Reden nach vom Kohlekraftwerksbau verabschiedet, aber in der SPD träumen einige immer noch von der Dividende durch billigen Kohlestrom, um damit die Haushaltsverschuldung zu senken.
- EON macht Druck und erklärt, sie wollen entweder ein 800 MW-Kraftwerk oder garnichts.
- Die BI findet "garnichts" sehr gut und fordert nach wie vor die Rekommunalisierung der Stadtwerke. Das Schwergewicht soll auf Energieeinsparung und umweltfreundliche dezentrale Energieversorgung gelegt werden. Die BI fordert die demokratische Kontrolle der Energieversorgung in kommunaler Hand.
- Der BI und Umweltverbänden wird vom Umweltamt ein Mitspracherecht bei der Umsetzung des Energiekonzeptes versprochen.
- Die BI hat sich auf eine ausdauernde langwierige Auseinandersetzung eingestellt und knüpft jetzt Kontakte zu allen BIs in Schleswig-Holstein um den Widerstand gegen den Bau der Kohlekraftwerksblöcke in Brunsbüttel zu unterstützen.

(Uwe Stahl, Kiel)

Weitere Infos: [www.keine-kohle-kiel.de](http://www.keine-kohle-kiel.de)  
[www.buendnis-kielwasser.de](http://www.buendnis-kielwasser.de)